

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II, S. 233—236 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

22. Juni 1920

Wochenschau.

(12./6. 1920.) In Westdeutschland macht sich die Senkung der Preise rationierter Lebensmittel weiter geltend, trotzdem aber sind gerade in der letzten Zeit an verschiedenen Stellen neue Forderungen nach Lohnerhöhungen gestellt worden. Auch auf anderen Gebieten tritt die Verbilligung der Lebensweise in bescheidenen Anfängen in die Erscheinung. Wenn Fabrikanten und Handel nun sich mit niedrigeren Preisen begnügen müssen, dann muß auch die Arbeiterschaft einsehen, daß in den Lohnsteigerungen endlich ein Ruhepunkt eintreten muß. Es wäre immerhin ein relativer Erfolg, wenn weitere Lohnerhöhungen nicht beansprucht würden. Zum Abbau der hohen Löhne werden wir dann allmählich auch wohl kommen. Die Führer der Gewerkschaften, welche die bisherigen Forderungen ihrer Mitglieder vertreten haben, die Regierung, welche sich für die Bewilligung dieser Forderungen ganz oder teilweise eingesetzt hat, alle müssen jetzt zum mindesten auch für einen Stillstand der Lohnbewegung eintreten. Der freie Handel war in der letzten Zeit in der Lage, stellenweise Fettstoffe billiger zu liefern, als die Kommunen solche verkaufen. Selbstverständlich wird von solchen Angeboten vom Publikum Gebrauch gemacht. Die Polizei schritt ein. Es ist in der Tat so, weil die Zwangswirtschaft noch nicht aufgehoben ist. Aber nicht die betreffende Kommune war die Urheberin dieses Vorganges, sondern auf Weisung „von Berlin“ soll gegen diesen freien Handel im kleinen vorgegangen werden. Wenn es auch zu bedauern ist, daß das Reich infolge verfehlter Spekulation an teuer eingekauften Rohstoffen klebt, wofür die Steuerzahler leider recht tief in den Beutel greifen müssen, so müssen solche Anweisungen, einerlei ob sie „von Berlin“ aus oder von irgendeiner anderen Stelle ergangen sind, ganz entschieden bekämpft werden. Durch solches Verhalten wird der Preisbildung nach unten, dem Abbau der Löhne und, was viel schlimmer ist, der Erstarkung des Wettbewerbs der deutschen Industrie am Weltmarkt bewußt entgegengearbeitet. Besser ist es u. E. schon, die Nachteile aus der Reichswirtschaft gemeinsam zu tragen und schnell wieder zum freien Handel zurückzukehren, als diese Rückkehr durch bürokratische Maßnahmen hinauszuschieben. Was sagt der Margarineverband, was sagen die Margarinefabriken, die Speiseölfabriken, die Talgsmelzen usw. zur Verhinderung der Rückkehr zum freien Handel? Oder haben Margarineverband und -fabriken zunächst kein Interesse an der Aufhebung der Zwangswirtschaft, wonach sie vor noch nicht langer Zeit so sehr riefen? Eine Äußerung zu diesem Vorgehen von Berlin wäre denn doch dringend erwünscht. In manchen Industriezweigen stocken Fabrikation und Handel, wozu besonders Textilfabriken, Schuhfabriken u. a. gehören. Wenn es richtig ist, daß den Schuhfabriken Darlehen aus Reichsmitteln gegeben werden sollen, um die Fabrikation fortzuführen, so ist u. E. auch dieser Weg nicht zu empfehlen, um die Schwierigkeiten zu beheben. Abgesehen davon, daß solche Mittel schon bald aufgezehrt sein würden, würde ein solches Vorgehen sich zu einem bösen Präzedenzfall auswachsen, auch wohl kaum etwas anderes als einen Seitenweg der Sozialisierung bedeuten. Wir wissen aus eigener Erfahrung, daß für Textil- und Ledererzeugnisse im Einzelhandel in den letzten zwei Wochen Preiserhöhungen von 340 auf 300 M oder von 125 auf 85 M vorgenommen wurden. Auch bei diesen ermäßigten Preisen muß der Einzelhandel unter allen Umständen gut verdienen. Folglich hat er seine ursprünglichen Forderungen entschieden zu stark in die Höhe geschraubt. Würden weitere Ermäßigungen vorgenommen, was auch die ermäßigten Verkaufspreise vertragen können, so würde dem Publikum Anregung zum Kaufen, die Möglichkeit der Verwertung der Lagervorräte und der Erteilung von Aufträgen an Großhandel und Fabrikanten gegeben. Heute stockt der Verkehr tatsächlich auf allen Gebieten. Wenn aber alle wirtschaftlichen Körperschaften, in Sonderheit die Handelskammern, auf Fabrikanten, Groß- und Kleinhandel in diesem Sinne einwirken wollten, so würde die gegenwärtige Stockung wohl bald behoben sein. Werden die Lebensmittel billiger, werden nicht, wie oben erwähnt, solche unvernünftige Maßnahmen zur Verhinderung des Preisabbaues getroffen, bloß weil die Zwangswirtschaft auf gewissen Gebieten formell noch nicht aufgehoben worden ist, wo sie ganz gut aufgehoben werden könnte, so steigt die Kaufkraft des Publikums für andere Bedürfnisse, und kommen Fabrikant, Groß- und Kleinhandel dann zur Einsicht, daß neue Preisermäßigungen zur Hebung dieser Kaufkraft weiter beitragen können, dann werden wir die jetzige Krisis zum guten Teil bald überwunden haben. Eine Krisis muß der jetzige Zustand genannt werden, der sich zu verschlimmern droht, wenn nicht mehr Einsicht auf allen Seiten bekundet wird. — Die Mark stellte sich am 11. d. M. gegen-

über der Vorwoche etwas günstiger. Devisen Holland notierte an der Berliner Börse 1426 M (vor einer Woche 1476 M), Schweden 855 (890), England 155 (160), Amerika 39,17½ (—). Berücksichtigt man im Augenblick die recht schwierige innerpolitische Lage, so ist die Entwicklung der Mark als ziemlich befriedigend anzusprechen. — Auch die wirtschaftliche Lage des Auslandes im allgemeinen hat sich in den letzten Wochen sichtlich weiter verschlechtert. Wir sind es nicht allein, welche zu klagen haben. Was dort ungünstig ist, kann für uns vielleicht günstig sein, weil das Ausland, sei es Produzent oder Händler, zum Teil über große Vorräte verfügt, welche wir dringend gebrauchen. Es ist an der Zeit, daß die Ausfuhr zur Vertragstreue aus der Vorkriegszeit zurückkehrt, deren Fehlen das gesamte Ausland seit langer Zeit in vielen Fällen leider zu beklagen hatte. Die Ausfuhr muß zunächst Gegenwerte für die dringend nötige Einfuhr schaffen, weil wir diese mit der Mark nur zum kleinen Teil bezahlen können. — Wurde der Ausfall der Wahlen von der Börse zunächst optimistisch beurteilt, so hat sie sich inzwischen doch einige Reserve auferlegt. Schlußstimmung fest bei zum Teil ansehnlichen Kurssteigerungen. An der Frankfurter Börse notierten am 11. d. Mts. Aschaffenburg Zellstoff 319,75, Cement Heidelberg 205,50, Anglo-Kontinentale Guano —, Badische Anilin und Soda 449,50, Gold- und Silber-Scheide-Anstalt 505, Chem. Fabr. Goldenberg —, Th. Goldschmidt —, Chem. Fabr. Griesheim 291, Farbwerke Höchst 351, Verein chem. Fabriken Mannheim 509, Farbwerk Mühlheim 245, Chem. Fabriken Weiler —, Holzverkohlung Konstanz 315, Rütgerswerke 235, Ultramarinfabrik —, Wegelin Ruß —, Chem. Werke Albert —, Schuckert Nürnberg 180, Siemens & Halske Berlin —, Gummiwaren Peter —, Ver. Berlin-Frankfurter Gummiwaren 220, Lederwerke Rothe Kreuznach 159,75, Verein deutscher Ölfabriken Mannheim 212, Zellstoff Waldhof 285, Ver. Zellstoff Dresden —, Badische Zucker Waghäusel 325, Zuckerfabrik Frankenthal 360%.
k.**

Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

England. Chininsulfat, Lebertran und Lebertranpräparate dürfen ohne besondere Bewilligung ausgeführt werden. („Chemist and Druggist“, I. u. H.-Ztg.) ll.

Italien. Die Zollämter sind bis auf weiteres wieder ermächtigt, von sich aus die Ausfuhr schwefelhaltigen Öles zu gestatten. (I. u. H.-Ztg.) dn.

Niederlande. Die Ausfuhr von Salmiakgeist aus Holland ist vom 10./6. ab bis auf weiteres wieder gestattet. (I. u. H.-Ztg.) ar.

Deutschland. Außenhandelskontrolle. Unter Aufhebung der Bekanntmachung vom 30./4. 1920 (Ch. W. N. S. 169) wird vom Reichswirtschaftsminister und Reichsminister der Finanzen für die Berechnung der Ausfuhrabgabe folgendes bestimmt: Bei Berechnung der Ware in ausländischer Währung wird der Wert der Ware nach einem Kurs umgerechnet, der für je eine Woche auf Grund der am Montag notierten Geldkurse nach Abzug von 15—20% berechnet wird. Bisher erfolgte die Berechnung in der Weise, daß der Wert der Ware zu den von der Reichsbank am ersten und dritten Freitag jedes Monats auf Grund der Berliner Tageskurse der letzten zwei oder drei Wochen zu berechnenden Durchschnittskursen in deutsche Währung umgerechnet und hiervon ein Abzug von 15% gemacht werden sollte. (K. Ztg.) ll.

— Der regelmäßige Branntweinmonopolausgleich für aus dem Ausland eingeführten Branntwein beträgt nach Mitteilung des Branntweinmonopolamts a) nach der Menge berechnet 2020 M für den Hektoliter Weingeist; b) nach dem Gewicht für den Doppelzentner bei Likören und weingeisthaltigen Erzeugnissen 808 M, bei Arrak, Rum und Kognak 1212 M, bei anderem Branntwein 2020 M, bei Äther 2424 M, bei ätherhaltigen Erzeugnissen 1212 M. — Der ermäßigte Monopolausgleich beträgt, nach der Menge berechnet, 520 M für das Hektoliter Weingeist, nach dem Gewicht für den Doppelzentner bei weingeisthaltigen Erzeugnissen 208 M, bei Äther 624 M und bei ätherhaltigen Erzeugnissen 312 M. (D. Allg. Ztg.) on.

Marktberichte.

Vom amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt (s. Ch. W. N. S. 226). Ein wichtiger Faktor sind nach wie vor die noch nicht behobenen Störungen bei den Ablieferungen der gekauften Produkte. Die neue Kaufbewegung hat auf die Preisgestaltung keinen Einfluß. Der Streik ist im Verlöschen und in einigen Gebieten ist für die nächsten 14 Tage eine schnellere Besserung der Geschäftstätigkeit zu erwarten. („Iron Age“, B. B. Ztg.)

Vom Eisenmarkt wird dem B. T. geschrieben: Die Erwartung, daß mit der von Seiten des Eisenwirtschaftsbundes vorgenommenen Ermäßigung der Eisenpreise eine stärkere Kauflust in die Erscheinung treten werde, hat sich bisher nicht erfüllt. Die Kauflust ist so gering, wie nie zuvor, und neue Aufträge gehen bei den Werken weder aus dem Inlande in nennenswertem Umfange ein, noch zeigt das Ausland die Absicht, aus seiner Zurückhaltung herauszutreten. Die Verbraucher nehmen allgemein an, daß die Werke demnächst gezwungen sein werden, weiter mit den Preisen herunterzugehen. Zu dieser Erwartung veranlaßt sie auch der Umstand, daß aus zweiter Hand, namentlich aus den Kreisen des wilden Handels, noch fortgesetzt Material in großen Mengen und zu Preisen an den Markt kommt, das sich erheblich unter den jetzigen Notierungen des Eisenwirtschaftsbundes bewegt und sofort greifbares Material darstellt. Die Preisunterschiede gegenüber den offiziellen und diesen Notierungen für das sogenannte freie Material bewegen sich bis zu mehreren tausend Mark, je nach der Qualität des Materials, und sie werden in den meisten Fällen von sogenannten Angstverkäufen diktiert. Vielfach trägt zu der unsicheren Preisstellung auch der Umstand mit bei, daß weiterverarbeitende Werke, welche über große Mengen von Vorratsmaterial verfügen, dazu übergehen, dieses abzustößen in der Erwartung, sich demnächst wieder billiger eindecken zu können. Daß der Ausfall der Wahlen und die einstweilen noch völlige Ungewißheit über die künftigen innerpolitischen Zustände die Zurückhaltung sowohl von Seiten der inländischen als auch der ausländischen Verbraucher nur noch erhöhen können, liegt auf der Hand. Für den Rückgang in der Ausfuhr spricht neben der Besserung der Markteise auch das Zunehmen des fremden Wettbewerbs.

Vom Schrottmarkt. Die Lage am Schrottmarkt hat sich, wie die „Rh. Westf. Ztg.“ schreibt, weiter verschlechtert. Die Werke schließen in den seltensten Fällen neue Käufe ab und manche Schrottsorten, wie Ofenguß und loser Blechschrott, sind überhaupt nicht unterzubringen. Die Preise haben infolgedessen weiter nachgegeben und betragen heute für Ia Kernschrott etwa 620—650 M, für Drehspäne ca. 600 M, für Gußschrott ca. 700 M (von anderer Seite wurden 900 M genannt), für Ofenguß ca. 400 M und für paketierte Blechschrott ca. 550—600 M. (Frkf. Ztg.)

Die neuen chilenischen Salpeterpreise. Die Salpeterproduzentenvereinigung in Chile, die, bis 30./6. 1921 verlängert worden ist, hat weitere 1 Mill. t Salpeter zum Verkauf gestellt zu folgenden Preisen: je 100 000 t für Juni zu 15 sh 6 d; für Juli zu 15 sh 6 d; für August 15 sh 11 d; für September 16 sh 3 d; für Oktober 16 sh 7 d; für November 16 sh 10 d; je 100 000 t für Dezember bis April 17 sh. (K. Ztg.)

Rückgang der Schmierölpreise. Die stürmische Nachfrage, die bis vor wenigen Monaten in der ganzen Industrie nach hoch- und geringwertigen Schmierölen bestand, hat einer deutlichen Beruhigung Platz gemacht. Es waren zuletzt noch Zylinder-Öl-Importe zu den hohen ausländischen Preisen und bei einem Wechselkurs von 75 bis 80 M für den Dollar getätigt worden. Im Verkehr hatten sich Preise für ausländisches Zylinderöl von 1500—1600 M je 100 kg herausgebildet. Obwohl der Handel noch zurückhält, soll doch bereits ein Abschlag auf 1100 bis 1000 M eingetreten sein. Größere heimische Verarbeiter waren mit ihren Preisen allerdings nicht entfernt den Notierungen für ausländische Ware gefolgt und hatten infolgedessen keine so starken Rückschläge in den Verkaufspreisen zu verzeichnen. Diese Erzeugnisse sollen sich zwischen 850 und 650 M bewegen. (Frkf. Ztg.)

Aus Handel und Industrie Deutschlands.

Allgemeines.

Der Arbeitsmarkt im März 1920. Die vorliegenden Berichte lassen eine Vermehrung der Arbeiterschaft gegen den Vormonat um 1,9%, gegen den gleichen Monat des Vorjahres um 13,5% erkennen.

Bergbau und Hüttenwesen. Die Kohlenproduktion wurde durch die politischen Vorgänge außerordentlich nachteilig beeinflusst. An der Ruhr betrug die arbeitstägliche Förderung bis zum 12. im Durchschnitt 280 000 t und stieg an den Tagen, an denen Überschiebungen stattfanden, auf über 300 000 t. Die Förderung betrug am 13./3. 263 000 t, 15./3. 24 500 t, 16./3. 11 400 t, 17./3. 48 000 t, 18./3. 142 000 t, 19./3. 179 000 t, 20./3. 205 000 t, 22./3. 227 000 t. In Oberschlesien wurde zwar gearbeitet, die gefördertsten Mengen konnten aber nicht abgefahren werden; die Steinkohlenförderung der oberschlesischen Zechen betrug im Monat März 2 835 934 t.

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau war die Beschäftigung in der ersten Hälfte des Monats März durchaus befriedigend und zeigte gegenüber dem Vormonat und dem März des Vorjahres eine erfreuliche Besserung. In der zweiten Monathälfte setzte der aus Anlaß des Kapp-Lüttwitz-Putsches proklamierte Generalstreik und anschließend daran der Streik auf Betrieben linksrheinischer Gruppen ein, welcher die Erzeugung wiederum bedeutend zurückwarf. Die Dauer der gesamten Arbeitsruhe war auf den einzelnen Braunkohlengruben verschieden und schwankte zwischen 1—13 Tagen. Der durch die Unruhe hervorgerufene Produktionsausfall liegt für die meisten Gruben zwischen 20 und 50 %. Die Wagengestellungsverhältnisse erfuhren in der ersten Monathälfte gegenüber den bereits sehr schlecht bedachten Vormonaten noch eine unerhörte Verschlechterung. Am 11./3. wurden im Eisenbahndirektionsbezirk Halle nur 3280 Wagen gestellt und 6756 nicht gestellt. Die Förderung mußte unter diesen Umständen natürlich im großen Umfange auf Halden gestürzt werden. Wo dieses Mittel versagte, blieb nichts anderes übrig, als die Schicht zu verkürzen oder ganze Feierschichten einzulegen. Wegen der sich an den Streik anschließenden Revolten im Ruhrgebiet änderte sich im Mitteldeutschen Revier das Wagengestellbild nach erfolgter Arbeitswiederaufnahme von Grund auf. Die Werke bekamen Leermaterial in gewünschtem Umfange zugestellt und konnten deshalb flott fördern. Überarbeit war in vielen Fällen erforderlich, wurde aber nur ausnahmsweise geleistet.

Auf dem Erzmarkt, der im Februar eine Besserung erkennen ließ, hat sich die Lage im Monat März wieder außerordentlich verschlechtert, was insbesondere auf den Generalstreik und die sich daran anschließenden Unruhen zurückzuführen ist, die auf die Förder- und Verkehrsverhältnisse äußerst ungünstig einwirkten. Doch blieb auch die ständige Steigerung sämtlicher Löhne und Rohstoffe nicht ohne Einfluß. Infolge der Erhöhung der Kohlen- und Werkstoffpreise sind die Preise für Siegerländer Eisenstein ebenfalls entsprechend erhöht worden, und zwar für Rohspat um 13,50 M auf 212,60 M, für Rostspat um 20,10 M auf 318,50 M je Tonne. Ebenso ist eine Steigerung der Preise für Roteisenstein beabsichtigt, jedoch noch nicht zur Ausführung gekommen, da die betreffenden Lohnverhandlungen noch nicht zum Abschluß gelangt sind. Das gleiche gilt für Brauneisenstein, und zwar sowohl für den oberhessischen wie den Lahn-Brauneisenstein. Der Minetteversand aus Lothringen und Luxemburg hat sich im gleichen Rahmen gehalten wie im Vormonat und blieb weiter hinter den Wünschen der Verbraucher zurück. Die Preisfrage für die Lothringer Minette ist immer noch nicht geklärt, es schweben augenblicklich Verhandlungen in Paris, von denen man ein endgültiges Ergebnis erhofft. In der Schwedenerzeinfuhr machte sich die durch den Friedensvertrag bedingte Abgabe der Schiffe an den Vielverband außerordentlich bemerkbar. Auch das Angebot in spanischen Erzen hatte unter der Frachtenknappheit zu leiden. Die Versorgung mit Manganerzen zeigte ungefähr dasselbe Bild wie im Vormonat. Die Einfuhr an hochprozentigen Manganerzen litt wie die von spanischen Erzen unter dem Streik der holländischen Hafenarbeiter. Der Preisrückgang auf dem Schrottmarkt hielt auch im Monat März an. Dazu trug zunächst ein inzwischen bekanntgewordener Plan des Reichswirtschaftsministeriums bei, eine Höchstpreisverordnung für Schrott zu erlassen. Die Preise bewegen sich jetzt zwischen 1400 und 1600 M für Kernschrott, doch werden zum Teil auch 1700—1800 M angelegt. Der Versand von Roheisen erreichte trotz der Mitte März eingetretenen Unruhen ungefähr die Höhe des Vormonats, doch hat die Versorgung der Roheisenverbraucher unter den Wirren natürlich erheblich gelitten. Da ferner die Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs eine Stockung in der Zufuhr der Rohstoffe verursacht hat, die noch lange nachwirken wird, ist für die nächsten Wochen mit einem beträchtlichen Erzeugungsrückgang zu rechnen. Der Auslandsmarkt war und ist auf der ganzen Linie außerordentlich fest.

Im Kali bergbau wurde die Lage im Berichtsmonat durch die politischen Wirren allgemein im ungünstigen Sinne beeinflusst. Die Nachfrage der heimischen Landwirtschaft nach Rohsalzen ließ infolge der vorgeschrittenen Bestellung etwas nach, doch minderte das die Absatzmöglichkeiten in keiner nennenswerten Weise. Wenn deren Ausnutzung im Gegenteil stellenweise sogar um fast 50 % hinter dem Vormonat zurückblieb, so lag der Grund in dem Arbeitsausfall durch den Generalstreik, in der infolge der Unruhen stockender verlaufenden Kohlenbelieferung und Wagengestellung, hier und da auch in einem Mangel an Arbeitskräften, namentlich an Fach- und einheimischen Arbeitern. Am 9./3. kam durch Verhandlungen der beteiligten Verbände ein Nachtrag zum Lohntarifvertrag für die Kaliindustrie vom 17./12. 1919 zur Annahme.

Eisen- und Metallindustrie. Die Lage auf dem Eisen- und Stahlmarkt in Rheinland und Westfalen war nach einem Bericht der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller während des verflossenen Monats beherrscht von dem mit dem bewaffneten Aufruhr hereingebrochenen Unglück, dessen Nachwirkungen sich noch lange geltend machen werden. Alle Hoffnungen, die zu Anfang März durch das Überschiebtenabkommen mit den Bergarbeitern erweckt waren, sind zunächst vernichtet. Mit Sicherheit ist eine weitere erhebliche Steige-

rung der Selbstkosten zu erwarten, hervorgerufen durch die Kohlenpreiserhöhung ab 1./4., die erheblichen Lohnsteigerungen und die Lasten, welche der Aufruhr den Werken auferlegt hat. Am Ende des Berichtsmonats hat das Reichswirtschaftsministerium die Verordnung über die Regelung der Eisenwirtschaft erlassen, ohne die in erster Reihe hiervon betroffene eisenerzeugende Industrie nochmals zu Wort kommen zu lassen. Die Industrie wird, wie der Bericht betont, sehen müssen, ob und wie lange sie unter dieser Zwangswirtschaft lebensfähig bleiben kann. Innerhalb des deutschen Stahlbundes ist eine „Eisenbahnbedarfsgemeinschaft“ gegründet worden, welche die Deckung des Oberbaubedarfs der deutschen Eisenbahnverwaltungen einschließlich Klein- und Straßenbahnen sicherstellen soll. Ebenso hat sich zur Sicherstellung des Bedarfs des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaues eine „Liefergemeinschaft“ gebildet, die Grubenschienen, Form- und Stabeisen sowie Grob-, Mittel- und Feinbleche umfaßt. Ob beide Gemeinschaften ihren Zweck ganz erfüllen können, hängt mittelbar letztlich von den Leistungen der Eisenbahnen ab.

Chemische Industrie. Die Produktionsbedingungen sind in den einzelnen Zweigen der gesamten chemischen Industrie durchaus verschieden. Die chemische Großindustrie war im allgemeinen voll beschäftigt. Wenn sich auch in einzelnen Betrieben der Kohlen- und Rohstoffmangel sehr unangenehm bemerkbar machte, so waren doch nur verhältnismäßig wenige Unternehmen gezwungen, ihren Betrieb einzuschränken. Allerdings berichtet eine große Firma, daß sie wegen Kohlen- und Rohstoffmangels nur einen kleinen Teil ihrer Betriebe hätte in Gang halten können. Im großen und ganzen ist gegenüber dem Vorjahre eine, wenn auch nur geringe Verbesserung zu verzeichnen. Infolgedessen konnte auch, von Ausnahmen abgesehen, eine größere Anzahl Arbeiter beschäftigt werden. Ein Mangel an Arbeitskräften hat sich nicht gezeigt, wohl aber bei einzelnen Firmen ein Überangebot. Die Löhne sind durchweg erhöht worden, da auf Grund der weitergehenden Verteuerung der Lebensverhältnisse die bestehenden Tarifverträge aufgehoben und neue mit größtentheils wesentlich höheren Lohnsätzen abgeschlossen wurden. Die Arbeitsleistung ist demgegenüber nach wie vor verhältnismäßig gering geblieben. Die Produktion mußte unterbrochen werden infolge des Generalstreiks, der anlässlich des Kapp-Putsches proklamiert wurde und bis auf eine sehr geringe Anzahl sämtliche Betriebe auf je nach ihrer geographischen Lage verschieden lange Dauer stilllegte. — Der Beschäftigungsgrad der pharmazeutischen Industrie war weniger gut. Gerade sie hatte vor allem unter Kohlen- und Rohstoffmangel und auch unter Verkehrsstörungen zu leiden. Hinzu kommt noch, daß im Laufe des Monats März eine Verminderung der Nachfrage nach pharmazeutischen Produkten eintrat, da, wie eine der größten Firmen dieser Gruppe berichtet, offenbar die Verbraucher pharmazeutischer Artikel im großen und ganzen mit Ware zum Teil übermäßig versorgt zu sein schienen. Immerhin ist auch in dieser Industrie eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahre festzustellen. Ein Überangebot an Arbeitskräften hat sich auch hier gezeigt. Lohnerhöhungen haben gleichfalls überall stattgefunden. Die Arbeitsleistung hat sich nicht gebessert. Betriebseinschränkungen und Stilllegungen erfolgten auf Grund des Generalstreiks, bei einer der berichtenden Firmen jedoch auch deshalb, weil der Betrieb sich infolge zu geringer Arbeitsleistung unrentabel gestaltete. — In den Anilinfarbenfabriken machte sich der Mangel an Rohstoffen und Brennmaterial sehr empfindlich bemerkbar. Es konnten bei weitem nicht alle Aufträge erledigt werden. Eine der größten Fabriken dieser Branche konnte nur 40 % der notwendigen Produktionsmenge erreichen. So ist eine Verbesserung gegenüber dem Monat Februar nicht eingetreten, wohl aber auch hier gegenüber dem Vorjahre. Arbeitskräfte waren überreichlich vorhanden. Lohnerhöhungen haben stattgefunden. Die Arbeitsleistung wurde durch die seit langer Zeit bestehende Arbeitsunlust sehr beeinträchtigt. Diese trat weniger bei den eigentlichen Fabrikarbeitern als ganz besonders bei den Betriebshandwerkern in Erscheinung. Der Generalstreik hat auch diese Betriebe für einige Tage stillgelegt. Ähnlich lagen die Verhältnisse in der Mineralfarben-Industrie. Auch diese Betriebe standen unter dem Zeichen des Rohstoff- und Kohlenmangels und müssen deshalb sogar von einer Verminderung des Beschäftigungsgrades gegenüber dem Vormonate berichten. — Die Lage der Pulver- und Sprengstoff-Fabriken war nicht günstig, wie sich ohne weiteres aus den politischen Verhältnissen ergibt. Ein Teil der Betriebe ist gänzlich stillgelegt worden, ein anderer befindet sich gerade in der Umstellung auf eine andere Fabrikation. Demzufolge ist auch fast überall der Bestand an Arbeitskräften verringert worden. Sehr gering war der Beschäftigungsgrad in den Teerdestillationsbetrieben. So berichtet eine Firma, daß sie nur 60 % ihres Bedarfs an Rohstoffen hätte decken können, eine andere, daß nur der dritte Teil ihres Betriebes in Gang gewesen sei. In einer anderen Firma war wegen Kohlenmangels im März überhaupt nur ein Teil des Betriebes im Gang, und dieser auch nur 14 Tage. Bezüglich der übrigen Punkte lauten die Berichte dieser Betriebe ähnlich wie die der übrigen Industriegruppen. Am meisten hatte wohl unter dem Rohstoffmangel die Holzdestillation zu leiden. Hier liegen die Verhältnisse deshalb besonders ungünstig, da diese

Betriebe im Frieden ihre Rohstoffe fast ausschließlich aus dem Auslande bezogen haben (Polen, Österreich, Ungarn u. a. m.). Einige Betriebe sind bereits stillgelegt worden, die übrigen sind nur schwach beschäftigt. Sonst heben sich die Berichte dieser Gruppe nicht von den übrigen ab. — Voll beschäftigt waren die Fabriken für photographische Artikel. Sie haben, wenn auch keine Veränderung gegenüber dem Vormonate, so doch eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr aufzuweisen, und demzufolge wie auch auf Grund der Einführung der Achtstundenschicht eine wesentliche Erhöhung des Arbeiterbestandes. Die Mineralölwerke waren, mit Ausnahme während des Generalstreiks, normal beschäftigt. Eine Veränderung gegenüber dem Monat Februar hat nicht stattgefunden. Wohl aber konnte gegenüber dem Vorjahr eine Betriebserweiterung und eine damit zusammenhängende Vermehrung des Arbeiterbestandes verzeichnet werden. Sehr gering war die Beschäftigung der Zündholzindustrie. Kohlen- und Rohstoffmangel traten auch hier sehr in Erscheinung und hatten Betriebseinschränkungen, Verringerung der Arbeiterzahl und Rückgang der Arbeitsleistung zur Folge. Hier ist zweifellos eine Verschlechterung gegen den Vormonat und das Vorjahr eingetreten. — In der chemisch-technischen Industrie war die Beschäftigung zufriedenstellend. Es war eine geringe Verbesserung gegen das Vorjahr zu verzeichnen. Die Löhne sind wesentlich erhöht worden. Der Beschäftigungsgrad der Fabriken künstlicher Düngemittel war, abgesehen vom Generalstreik, ein guter. Eine wesentliche Veränderung gegen den Vormonat oder das Vorjahr war nicht zu bemerken. Erfreulicherweise kann eine Firma berichten, daß sich die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters merklich gesteigert hätte. Der Generalstreik hat wesentlichen Produktionsausfall zur Folge gehabt. (Schluß folgt.)

Aus der Kaliindustrie.

Über eine wesentliche Verbesserung der Versorgung der Landwirtschaft mit Kalisalzen teilt das Kalisyndikat mit, daß Karnallit, 9—11% ig, Kainit, 12—15% ig, Kalidüngesalz, 20—22% ig, und Chlorkalium, 50—53% ig, gegenwärtig ohne erhebliche Lieferfrist abgeladen werden können, wogegen Abrufe auf Kalidüngesalz, 30—32% ig und 40—42% ig, nicht entgegengenommen werden. (B. B. Ztg.) dn.

Chemische Industrie.

A.-G. Farbwerk Mühlheim vorm. A. Leonhardt & Co., Mühlheim a. M. Die Farbstoffherzeugung konnte etwas gesteigert werden. Der Verkauf war lebhaft und die bei dem wiederangebahnten Geschäft mit einigen Ententeländern erzielten Mehrgewinne brachten einen Ausgleich für die enorm gestiegenen Unkosten. Einschl. 18 665 M (i. V. 18 631 M) Vortrag verbleiben nach 54 760 (63 108) M Abschreibungen, 303 662 (231 665) M Reingewinn, woraus 6 (4%) Dividende auf die Stamm- und wieder 5% auf die Vorzugsaktien verteilt werden. (Frkf. Ztg.) on.

Chemische Fabrik Grünau Landshoff u. Meyer. Die Gesellschaft erzielte im Jahre 1919 einen Bruttogewinn einschließlich 37 000 (i. V. 47 000) M Vortrag von 3,56 (2,47) Mill. M, dagegen erforderten Generalunkosten 2,82 (1,82) Mill. M. Nach Abschreibungen 346 000 (291 000) M verbleibt ein Reingewinn von 433 000 (357 000) M. Vorgeschlagene Dividende 12 (10)%. Neuovortrag 51 000 M. Die Fabrik litt während des ganzen Geschäftsjahres unter großen Schwierigkeiten, die nicht nur in Rohstoff- und Kohlenmangel bestanden. Nur einige Betriebe konnten in beschränktem Umfang und mit Unterbrechungen in Gang gehalten werden. Das Werk kam mehrmals für kürzere Zeit ganz zum Stillstand. Wenn trotz der verringerten Erzeugung ein befriedigendes Gesamterzeugnis erzielt worden ist, so ist dies lediglich auf die Auslandsverkäufe zurückzuführen, die im letzten Vierteljahr größeren Umfang annahmen. Die Verwaltung sieht trotzdem mit großer Sorge in die Zukunft, da die Betriebsschwierigkeiten zu keinem Ende gelangen, die Fabrik nach wie vor ungenügend beschäftigt ist, und sie feststellen muß, wie durch die schnelle Steigerung aller Kosten die Leistungsfähigkeit am Weltmarkt abnimmt. (Voss. Ztg.) ar.

Deutsche Salpeterwerke A.-G. in Hamburg. Die Gesellschaft unterbreitet jetzt den Geschäftsbericht für 1918. Für dieses Jahr hat die Salpeterherzeugung in Chile vollständig geruht. Salpeterverkäufe aus alten Beständen an das Ausland fanden nicht statt. Einzelne kleine Posten konnten in Chile mit mäßigem Gewinn untergebracht werden. Die Instandhaltung der Werke erforderte große Ausgaben. An Einnahmen werden nur 276 709 M Spesen ausgewiesen. Unter Berücksichtigung einer der Abrechnung gutgebrachten Überweisung von 78 600 M für aufgehobene Kriegsteuerrücklage ergibt sich einschließlich 618 374 M Kursverlust, ein Gesamtverlust von 1 279 335 M der vorgetragen wird (1917 aus 714 271 M Reingewinn 6% Dividende). Die Zeit der Stilllegung der Werke wurde zu Versuchen zur Verbesserung der Arbeitsmethode angewendet, wobei wertvolle Aufschlüsse erzielt wurden. ar.

Deutsche Salpeterwerke, Fölsch & Martin Nachfolger, A.-G. Während des Geschäftsjahres 1918 hat die Salpeterherzeugung in den Werken der Gesellschaft in Chile vollständig geruht. Salpeterverkäufe aus alten Beständen an das Ausland fanden nicht statt, ein-

zelle kleine Partien konnten in Chile selbst mit mäßigem Gewinn untergebracht werden. Die Stilllegung wurde zur Verbesserung der Arbeitsmethoden und zur Gewinnung von Nebenprodukten angewendet, wobei wertvolle Aufschlüsse erlangt seien. Nach 618 373 M Kursverlust schließt das Jahr 1918 mit einem Verlust von 1 279 335 M (i. V. 714 371 M Reingewinn und 6% Dividende) der vorgetragen wird. (L. N. N.) *ar.*

Dynamit A.-G., vorm. Alfred Nobel u. Co. in Hamburg. Nach 500 000 (200 000) M Abschreibung verbleibt einschließlich des Vortrages von 52 000 M ein Reingewinn von 6 193 891 (5 796 838) M aus dem 16 (15%) Dividende auf 36 Mill. M Aktienkapital verteilt werden sollen. Im Verein mit den Kartellfreunden, der Köln-Rottweil-A.-G., und anderer nahestehender Gesellschaften wurden neue Erzeugnisse, insbesondere die Stapelfaserherstellung, aufgenommen. Die Verwaltung hofft, daß die mannigfachen Artikel, deren Herstellung zum Teil schon begonnen hat, entsprechenden Nutzen bringen werden, und daß sie wieder eine größere Zahl Angestellte und Arbeiter Beschäftigung bieten kann, wenn die neuen Fabrikbetriebe im Gange sein werden. Infolge des Überganges der fiskalischen Kohlengruben an der Saar in französische Verwaltung wurde die Fabrik Saarwellingen an die Agence Franco-Sarroise d'explosifs Nobel in Saarbrücken auf eine Reihe von Jahren verpachtet. An der durch den Friedensvertrag vorgeschriebenen Zerstörung deutscher Munition ist die Gesellschaft dadurch beteiligt, daß sie und zwei ihr angehörende Gesellschaften einem Syndikat beigetreten sind, das durch einen Vertrag mit dem Reichsschatzministerium die Zerlegung der Munition übernommen hat. (Voss. Ztg.) *ll.*

Sprengstoffgesellschaft Kosmos in Hamburg. Nach dem Abschluß stellt sich der Überschuß auf 181 915 (187 184) M, wozu 40 276 (52 952) Mark Zinsen treten. Unkosten erforderten 66 714 (94 094) M, Abschreibungen 3692 (3987) M. Es verbleibt ein Überschuß von 151 784 (142 054) M, aus dem $12\frac{1}{2}$ (11 $\frac{1}{4}$)% Dividende verteilt werden. Die Fabrik war mit Munitionsentladearbeiten gut beschäftigt. (B. B. Ztg.) *ar.*

Westdeutsche Sprengstoffwerke A.-G., Dortmund. Die Fabriken waren 1919 in der Hauptsache wieder mit der Herstellung von Bergwerkssprengstoffen beschäftigt. Umfangreiche Vorarbeiten für neu aufzunehmende Erzeugung sind zum Teil zum Abschluß gebracht worden. Nach 103 804 (i. V. 107 417) M Abschreibungen verbleiben 313 706 (293 444) M Reingewinn, woraus 14,6 (13 $\frac{3}{4}$)% Dividende auf die Vorzugs- und 12,6 (11 $\frac{1}{4}$)% auf die Stammaktien verteilt sowie 5800 M (wie i. V.) vorgetragen werden. (Frkf. Ztg.) *ar.*

Verschiedene Industriezweige.

Englisches Kapital in der deutschen Margarineindustrie. Die Delmenhorster Margarinewerke Hermann Petersen sind an die Firma vanden Bergh, Rotterdam-Cleve, in der englische Interessen führend sind, auf 15 Jahre verpachtet worden. Der bisherige Besitzer, Hermann Petersen, behält die Direktion der Delmenhorster Margarinewerke. (L. N. N.) *on.*

Die Zellstofffabrik Waldhof in Mannheim weist nach 2 353 000 (i. V. 4 397 000) M Abschreibungen einen Verlust von 3 919 000 M aus gegen einen Reingewinn von 5 300 000 M im Vorjahre. Eine Dividende wird diesmal nicht verteilt (15, 15, 0, 0% in den Jahren 1918—1915). Die Ursachen des ungünstigen Abschlusses sind in wiederholten, teilweise langdauernden Betriebsstilllegungen zu suchen. (Voss. Ztg.) *ar.*

Soziale und Standesfragen, Unterricht und Forschung.

Forschungsinstitute.

Das **Forschungsinstitut für Textilindustrie in Wien** bringt in seinen „Mitteilungen“, Heft I u. a. folgende Aufsätze: „Der Farbenkreis“, „Über Farben und Farbenprüfung“, „Über das Wesen der Farben und des Farbensehens“ von Max Becke und „Neuzeitliche Bestrebungen in der Textilindustrie“ von Prof. Ing. Dr. Franz Krynies, Wien. *on.*

Das **Institut für Kohlenvergasung und Nebenproduktengewinnung**, welches als offizielle Beratungsstelle von Behörden auf allen Gebieten der wirtschaftlichen Ausnutzung der Brennstoffe und der gesamten Gaswirtschaft tätig ist, errichtet nunmehr eine öffentliche Beratungs- und Auskunftsstelle in Wien, VII., Karl-Schweighofer-Gasse 10. In dieser Beratungsstelle, bei welcher hervorragende Fachmänner mitwirken, werden nicht nur die Fragen der Einführung von Gas vom rein technischen Standpunkt, sondern auch die Anpassung derartiger durch Projekte gekennzeichneten Einrichtungen an die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen, betreffend den Arbeiter- und Anrainerschutz, sowie die behördliche Gesundheitspflege durch Sachverständige des Instituts für Kohlenvergasung zu begutachten sein. Durch die Schaffung dieser Auskunftsstelle beziehungsweise Erweiterung des Wirkungskreises des Instituts für Kohlenvergasung wird der Allgemeinheit und insbesondere der Industrie wesentlich gedient sein. *on.*

Eine Regierungsvorlage, die der sächsischen Volkskammer zugegangen ist, beschäftigt sich mit der Gründung eines **Forschungsinstituts für Lederindustrie**. Das Gesamtministerium schlägt vor, daß der sächsische Staat für den Fall der Errichtung des Instituts in Sachsen die Bewilligung eines einmaligen Beitrags von 500 000 M und eines laufenden jährlichen Zuschusses von 50 000 M unter der Bedingung in Aussicht stellt, daß die beteiligten Kreise von Handel, Gewerbe und Industrie sich verpflichten, sämtliche Kosten des Instituts, soweit sie nicht durch Reichs- und Staatszuschüsse gedeckt werden, aus eigenen Mitteln aufzubringen. (D. Allg. Ztg.) *dn.*

Personal- und Hochschulnachrichten.

Dr. E. Riesenfeld, a. o. Prof. in Freiburg i. B. ist zum Abteilungsleiter am physikalisch-chemischen Institut der Universität Berlin (an Stelle von Prof. Dr. Arnold Eucken) in Aussicht genommen.

Dr. E. Späht, Privatdozent an der Wiener Universität, wurde von der Wiener Akademie der Wissenschaften der Lieben-Preis für Chemie zuerkannt; der Haitinger-Preis für Physik wurde geteilt zwischen Dr. E. Schrödinger und Dr. H. Thirring, beide Privatdozenten an der Universität Wien.

Es wurden ernannt (gewählt, berufen): Geheimer Hofrat Dr. phil. H. Kiliani, ordentlicher Professor der Chemie und Direktor des chemischen Laboratoriums (medizinische Abteilung) der Universität Freiburg, zum Doktor der Medizin ehrenhalber; E. T. Neathercoat zum Präsidenten der Pharmaceutical Society of Great Britain; Geheimer Rat Prof. Dr. R. Psehorr, Vorsteher des Organischen Laboratoriums, zum Rektor der Berliner Technischen Hochschule für die Amtszeit vom 1./6. 1920 bis 1921; Prof. Dr. M. Bodenstein von der Technischen Hochschule zu Hannover auf den an der Universität Jena neuerrichteten Lehrstuhl für physikalische Chemie; Nahrungsmittelchemiker Dr. H. Kober zum Leiter des Nahrungsmitteluntersuchungsamtes der Stadt Trier; C. G. Rice in Boston zum Präsident der U. S. Smelting, Refining & Mining Co.

Gestorben sind: E. O. Holtz, Mitinhaber der Farben- und Lackfabrik Gebr. Holtz, am 25./5. in Graben, Baden. — Hütten- und Eisenbauingenieur Dr. A. D. A. Karcher, am 25./5. in Wiesbaden. — Dr. Franz Richarz, ord. Professor der Physik an der Universität Marburg, im 60. Lebensjahre. — Physiker Prof. A. Righi, am 8./6. in Bologna, 70 Jahre alt.

Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: Obering. L. Meyer, Cöln-Lindenthal, und Hüttening. F. Block, Ehrenbreitungen b. d. Fa. Grube Gerta, G. m. b. H., Mehlem.

Prokura wurde erteilt: O. F. Geißler, Mittweida, J. F. Teichmann, Chemnitz b. d. Fa. Chemische Fabrik „Almika“ Reinhold Geißler, Mittweida; B. Görig, Hannover, b. d. Fa. Superphosphatfabriken-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hannover; B. von Harborn, Berlin-Steglitz, Geh. Kriegsrat Prof. Dr. G. Just, Berlin, b. d. Fa. Stickstoff-Syndikat G. m. b. H. Berlin.

Wir erfüllen die schmerzliche Pflicht, von dem am 9. d. Mts. erfolgten Ableben des Vorsitzenden uns. Aufsichtsrates,
des Herrn Geh. Reg.-Rats Heinrich Theodor von Böttlinger

Dr. phil. h. c., Dr.-Ing. E. h., Arensdorf (Neumark)

Kenntnis zu geben. Noch vor wenigen Tagen hatte er, in seinem 72. Lebensjahre stehend, mit gewohnter Umsicht die Generalversammlung unserer Gesellschaft geleitet, obwohl er, bereits unter dem Drucke der in ihm wühlenden tödlichen Krankheit, sich nur mit äußerster Willenskraft aufrecht halten konnte. Bis zum letzten Atemzuge hat sich der Entschlafene mit nie ermattendem Eifer für das Gedeihen unseres Unternehmens eingesetzt, mit dem er sich mit jeder Faser seines Herzens verachsen fühlte. Er war uns aber nicht nur ein einsichtsvoller, hochgeschätzter Mitarbeiter und Berater, sondern auch ein lieber und treuer Freund, der ein Menschenalter hindurch Leiden und Freuden mit uns geteilt hat. Sein Verlust trifft uns schwer.

Als Vorbild tatkräftiger Unternehmungslust und aufopfernder Freundschaft wird der Entschlafene dauernd in unserer Erinnerung weiterleben. 1895

**Der Aufsichtsrat und das Direktorium
der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co.
Leverkusen bei Köln a. Rhein, den 10. Juni 1920.**